



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayerns Wirtschaftsminister hat sich mit dem neuen Präsidenten des Bayerischen Bauverbands getroffen

24. Juli 2025

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat sich mit dem neuen Präsidenten des Bayerischen Bauindustrieverbands, Johann Bögl, zu einem intensiven Austausch getroffen.

„Die Bauwirtschaft ist ein zentraler Motor unserer Wirtschaft. Allein in Bayern erwirtschaftete die Bauindustrie letztes Jahr mehr als 22 Milliarden Euro Umsatz und beschäftigt aktuell über 100.000 Personen. Die Baubranche braucht den Befreiungsschlag. Der Bau braucht mehr Planungssicherheit, Digitalisierung, alles muss schneller gehen und übertriebene DIN-Normen, welche die Kosten treiben, müssen zurückgestutzt werden. Die Stimmung in der Branche hellt sich wieder auf, die Unternehmen haben ihren Optimismus zurückgewonnen“, betonte Aiwanger im Gespräch.

Angesichts des hohen Bedarfs an Wohnraum und der wachsenden Anforderungen an Sanierung, Nachhaltigkeit und Qualität sieht der Minister großes Potenzial in modernen Bauverfahren. „Bauen mit System“, etwa durch serielle oder modulare Bauweise, könne die Arbeit schneller machen, die Planung erleichtern und Ressourcen sparen. Bayerische Unternehmen seien hier bereits mit innovativen Lösungen aktiv. Das Handwerk müsse eng eingebunden werden bei der Weiterentwicklung des Bauwesens. Industrie und Handwerk müssten sich gegenseitig ergänzen. Der Minister unterstrich: „Planen und Bauen aus einer Hand kann bei geeigneten Projekten eine deutliche Beschleunigung und Kosteneinsparung bringen, wir müssen diese Potenziale nutzen in Zeiten knapper Kassen und zunehmenden Baubedarfs.“ Gerade auch bei der Sanierung von Brücken im Bahn- oder Autobahnnetz sieht Aiwanger erhebliches Potenzial für schnellere und effizientere Bauprozesse.

Ablehnend äußerte sich Aiwanger erneut zum Energieeffizienzgesetz der Bundesregierung: „Das Energieeffizienzgesetz ist ein bürokratischer Bremsklotz für unsere Wirtschaft. Es verzögert Investitionen, belastet den Mittelstand und hemmt das Wachstum.“ Bayern ist das einzige Bundesland, das sich von Beginn an klar gegen das Gesetz positioniert habe.

Von der Bundesregierung erwartet der Minister, die Planungssicherheit für die Baubranche nicht zu gefährden: „Bei der Planung neuer Windenergieanlagen hat sich die Branche auf die bisherigen Bundesvorgaben von 1,1 Prozent der Landesfläche Bayerns bis 2027 und 1,8 Prozent bis 2032 eingestellt. Die Ankündigung des Bundes, die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien zu überprüfen, darf keinesfalls zu Verunsicherung in der Branche führen. Bürger, Kommunen, Investoren und die Baubranche brauchen dringend die Planungssicherheit.“

Ansprechpartnerin:

Dr. Aneta Ufert

Stellv. Pressesprecherin

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

